

## **2 Kapitel I: Innerstaatliche Konflikte und Friedensförderung –Theoriediskussion**

### **2.1 Innerstaatliche Konflikte und Friedensförderung in der sozialwissenschaftlichen Diskussion**

Die Friedens- und Konfliktforschung widmet sich der Erforschung von Konflikten sowie den Voraussetzungen von Frieden und der Bestimmung dessen, was Frieden bedeutet. Ziel ist es, die Bedingungen zu formulieren, die erfüllt sein müssen, um einen dauerhaften Frieden zu gewährleisten. Wichtige Impulse erhielt die Forschung aus den friedenspolitischen und friedentheoretischen Debatten, die insbesondere in den Nachkriegsgesellschaften der Neuzeit (v.a. des 20. Jahrhunderts) geführt wurden (Weller 2003: S. 14). Gleichwohl war die Friedensforschung bis zum Ende des Kalten Krieges mehrheitlich auf den Ost-West-Konflikt und die globale Rüstungsdynamik fixiert. Sie beschäftigte sich eher mit den Ursachen von Kriegen und weniger mit den Möglichkeiten ihrer Beendigung oder mit der Stabilisierung von Friedensprozessen.

Seit den 1990er-Jahren muss sich die Friedensforschung auf neue Herausforderungen einstellen (vgl. Matthies 1995: S. 10). Vor allem der Krieg im ehemaligen Jugoslawien lenkte den Blick von Forschung und Politik auf Fragen der friedlichen Transformation der Schauplätze regionaler und lokaler Kriege. Seitdem werden Elemente eines positiven Friedens thematisiert, so die Bewältigung von Kriegsfolgen, die konstruktive Gestaltung von Nachkriegsgesellschaften und die Konsolidierung eingeleiteter Friedensprozesse. Es hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass das Ende eines Krieges mehr ist als „Nicht-Krieg“ (Matthies 1995: S. 10).

### **2.2 Zum Begriff des „positiven Friedens“**

In der aktuellen Diskussion um den Friedensbegriff herrscht kein Konsens. Der deutsche Friedensforscher Georg Picht vermutete bereits 1975, es gehöre zum Wesen des Friedens, dass er nicht definiert werden könne. Gerade der Streit darum, welche Gesellschaftsordnung als „die friedvollere“ anerkannt werden soll, stelle den eigentlichen Gegenstand aller politischen Konflikte dar (Picht

1975: S. 46). An Pichts Bemerkung hat sich eine bis in die Gegenwart anhaltende Diskussion darüber angeschlossen, was unter Frieden zu verstehen sei und inwiefern der Begriff eine starke normative Ausrichtung der Friedens- und Konfliktforschung notwendig mache (vgl. Bonacker/Imbusch 2005: S. 131).

Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts hat Lothar Brock (1990) die deutschsprachige friedentheoretische Diskussion neu belebt. Die Gründe für die Unschärfe des Friedensbegriffs sind, so Brock, vielschichtig: So sei offen, inwiefern Frieden erst dann wirklich herrsche, wenn keine Kriege mehr möglich und die Ursachen für kriegeres Handeln wirklich überwunden seien. Des Weiteren müsse gefragt werden, ob Frieden gleichbedeutend mit Gerechtigkeit sei oder nur mit Abwesenheit direkter physischer Gewalt. Zudem bleibe zu klären, ob regional erfolgreiche Modelle der Überwindung kollektiver Gewalt auf andere Regionen übertragen werden können und ob ein regionaler Frieden ein wirklicher Friede sei (Brock 1990: S. 72).

Hinsichtlich des Friedensbegriffs dominieren zurzeit zwei Deutungsansätze (vgl. Zoll 2005: S. 181). Frieden wird einerseits verstanden als Abwesenheit von Krieg und direkter personaler Gewalt (negativer Friedensbegriff). Schwerpunktmäßig beschäftigt sich dieser Ansatz mit den internationalen Beziehungen und den Nationalstaaten und Staatenbündnissen als Akteuren. Dabei lässt die Beschränkung auf die Entstehung, Entwicklung bzw. Verhinderung von militärischen Auseinandersetzungen allerdings außer Betracht, dass es in Zeiten ohne Krieg keinesfalls friedvoll zugehen muss. Es existieren neben militärischer Gewalt andere vielfältige Formen der Gewalt, wie zum Beispiel Unterdrückung, Vertreibung oder Rassismus. Deshalb unterscheidet die jüngere Friedens- und Konfliktforschung zwischen positivem und negativem Frieden (vgl. Bonacker/Imbusch 2005: S. 132).

Mit dem Begriff des „positiven Friedens“ ist die Abwesenheit indirekter struktureller Gewalt gemeint und damit die Verwirklichung umfassender sozialer Gerechtigkeit, die mehr ist als die bloß formale politisch-juristische Gleichheit von Staaten und Individuen. Dieses Konzept der strukturellen Gewalt ist mit einer hohen Gewichtung von Gerechtigkeit verbunden. Die Vertreter/innen des solchermaßen erweiterten Friedensbegriffs argumentieren, dass erst mit einer umfassenden Verwirklichung gleicher Lebenschancen, politischer Partizipation sowie der Beseitigung sozialer Ungerechtigkeit, politischer Unterdrückung und kultureller Diskriminierung die gesellschaftlichen Ursachen für kollektive Gewaltanwendung entfallen (vgl. Galtung 1975, Galtung/Schmidt 1998). Ohne die Verwirklichung der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bedingungen könne selbst der negative Frieden nicht erreicht werden.

Dieser Forschungsansatz untersucht vor allem die innergesellschaftlichen Bedingungen von Frieden. Seine Vertreter müssen sich allerdings auch mit dem Einwand auseinandersetzen, eine so große Vielfalt von sozialen, politischen, ökonomischen Prozessen einzubeziehen, dass das Konzept der strukturellen Gewalt wissenschaftlich unbrauchbar wird (vgl. Zoll 2005: S. 182).

### **2.3 Das Konzept des „demokratischen Friedens“**

Die Politikwissenschaften befassen sich seit Mitte der 1980er-Jahre intensiv mit dem Zusammenhang zwischen liberal-demokratischen Regierungsformen und dem Auftreten innerstaatlicher und internationaler Konflikte (Paris 2007, Chan 1984). Die Forschungen zum demokratischen Frieden konzentrieren sich damit auf die wechselseitige Bedingtheit von Frieden und der Verfasstheit des politischen Systems (vgl. Bonacker/Imbusch 2005: S. 138). Dieser wissenschaftliche Zusammenhang wurde in der Friedensforschung und der Disziplin der internationalen Beziehungen zu einem der bedeutendsten empirischen und theoretischen Forschungsgebiete der letzten Jahre (vgl. Schrader 2003: S. 157). Dabei besteht nahezu Konsens darüber, dass marktwirtschaftlich orientierte Demokratien weniger zu innerstaatlichen Unruhen neigen und die Transformation kriegszerütteter Staaten in friedliche Gesellschaften durch die Demokratisierung und die Einführung der Marktwirtschaft gefördert wird (vgl. Doyle 1983, Levy 1998).

Es werden dabei zwei Ebenen unterschieden: zum einen die innergesellschaftlichen Friedensbedingungen, wie sie vor allem in der Theorie des demokratischen Friedens und im „zivilisatorischen Hexagon“, einem von Dieter Senghaas entwickelten Bedingungsgefüge von sechs miteinander verknüpften Voraussetzungen für einen stabilen Frieden, zusammengefasst sind; zum anderen die internationalen Friedensbedingungen, die sich auf die Struktur des internationalen politischen Systems beziehen (vgl. Bonacker/Imbusch 2005: S. 136).

### **2.4 Innergesellschaftliche Friedensbedingungen**

In Bezug auf innergesellschaftliche Friedensbedingungen benennt Dieter Senghaas in seinem „zivilisatorischen Hexagon“ sechs Aspekte, die seiner Meinung nach in den europäischen Demokratien historisch zu einer relativ stabilen Friedensordnung beitrugen (vgl. Ropers/Debiel 1995, Senghaas 1994/1995/2000). Sie lassen sich als Bausteine des Zivilisierungsprozesses verstehen, der eine gewaltsame Konfliktaustragung unwahrscheinlich macht.

Die im Folgenden dargestellten Voraussetzungen für einen stabilen Frieden bilden ein Bedingungsgefüge, das „Hexagon“: Entfällt eine der Bedingungen, erhöht dies die Gefahr eines Rückfalls einer Gesellschaft in nichtzivile Konfliktaustragungsformen, also in die Anwendung kollektiver Gewalt:

- Als Erstes erfordert ein erfolgreicher Friedensprozess nach Senghaas eine „Entprivatisierung von Gewalt“. Gemeint ist das staatliche Gewaltmonopol, das auch historisch den ersten Baustein für einen stabilen Frieden darstellte. Eine Zivilisierung öffentlicher Konflikte ohne staatliches Gewaltmonopol ist nicht möglich (vgl. Senghaas 2000: S. 572). Senghaas bezieht sich hier auf den Gesellschaftsvertrag von Thomas Hobbes, schließt sich allerdings der Kritik an Hobbes an, dass das Gewaltmonopol selbst wiederum Gewalt hervorbringen könne, wenn es nicht rechtsstaatlich kontrolliert und legitimiert werde (vgl. Bonacker/Imbusch 2005).
- Die zweite Bedingung für einen stabilen Frieden besteht nach Senghaas daher in der Rechtsstaatlichkeit. Denn zur Kontrolle, Legitimation und gesellschaftlichen Verankerung des Staates, seines Gewaltmonopols und seiner Handlungen bedarf es einer Verrechtlichung, also der Entwicklung von Rechtsstaatlichkeit. Aus der Kombination von Gewaltmonopol und rechtsstaatlicher Kontrolle erwächst der Verfassungsstaat.
- Eine dritte Voraussetzung und Bedingung für einen stabilen Frieden sieht Senghaas in der ökonomischen Arbeitsteilung und der Verflechtung von Wirtschaftsakteuren. Diese fördern wechselseitige Abhängigkeiten und verlangen Berechenbarkeit, Selbstdisziplin und Kompromissfähigkeit. Die daraus erwachsenden Interdependenzen und die Affektkontrolle führen zu institutionalisierten Konfliktregelungen und dämpfen den destruktiven Umgang mit Konflikten ein.
- Eine vierte Bedingung stellt die demokratische Partizipation der Bürger/innen dar. Die Durchsetzung dieses Gesellschaftsprinzips dient dazu, die Entscheidung über Gewalt an demokratische Verfahren zu binden. Gleichzeitig identifizieren sich die Bürger/innen durch die verwirklichte Partizipation stärker mit ihrem Gemeinwesen. Die Akteure einer Zivilgesellschaft müssen die Möglichkeit haben, spezifische Interessen zu artikulieren und in den politischen Prozess einzubringen. Diese politisch-rechtlichen Voraussetzungen sind ein wichtiger Garant für einen stabilen Frieden.
- Für einen stabilen Frieden braucht es als fünfte Vorbedingung nach Senghaas eine sozial gerechte Verteilung von Lebenschancen, wie die Sicherung der Grundbedürfnisse. Die hier formulierte Forderung nach sozialer Gerechtigkeit verpflichtet den Staat und die Gesellschaft zu einer Politik der Chancen-, Verteilungs- und Bedürfnisgerechtigkeit.

- Und schließlich bedarf es als sechste und letzte Voraussetzung eines stabilen Friedens nach Senghaas einer konstruktiven politischen Konfliktkultur, in der Toleranz und Kompromiss zu den selbstverständlichen Orientierungen politischen Handelns gehören (vgl. auch Weller 2003: S. 24). Damit in einer Gesellschaft die Austauschprozesse und Konflikte produktiv ablaufen können, sei eine Erwartungsverlässlichkeit in den sozialen Interaktionsprozessen erforderlich. Diese entstehe aus den vielfältigen Interdependenzen und institutionalisierten Konfliktregelungen, in welche die Mitglieder moderner Gesellschaften eingebunden sind, und impliziere eine Kontrolle von Affekten.

Laut Senghaas ist ein so definierter demokratischer Frieden die Folge lang anhaltender und nachhaltig wirkender Zivilisierungsprozesse. Sie bewirken, dass Konflikte gewaltfrei ausgetragen werden. Offen bleibt allerdings, inwiefern das zivilisatorische „Hexagon“, das aus den neuzeitlichen europäischen Demokratien abgeleitet worden ist, auf andere Weltregionen übertragbar ist (vgl. Ropers/Debiel 1995).

## 2.5 Demokratischer Frieden und internationale Friedensbedingungen

Michael Doyle entwickelte 1983 erstmals den Gedanken, dass demokratische Staaten in der Regel selten Kriege mit anderen Demokratien führen. In einer Fülle von Studien wurde seitdem der Zusammenhang zwischen liberaler Demokratie und zwischenstaatlicher Gewalt untersucht und letztlich DoYLES These prinzipiell bestätigt.<sup>1</sup> Levy (1998) etwa betrachtet den Frieden zwischen demokratischen Staaten als „empirisches Gesetz“.

In der Forschung zum außenpolitischen Verhalten demokratischer Staaten werden zwei innergesellschaftliche Faktoren als wichtig erachtet: das politische System und die politische Kultur von Staaten. Laut Debiel (1995: S. 58) neigt das demokratische politische System weniger zu außenpolitischer Gewalt, weil Regierungen ihre Entscheidungen in einer demokratischen Öffentlichkeit rechtfertigen müssen und ein Interesse daran haben, dass ihre Entscheidungen auf Zustimmung stoßen. Dieses Argument zielt auf die Partizipation der Staatsbürger/innen als Grundeinheit und letzter Bezugspunkt von Demokratien. Den Bürgerinnen und Bürgern wird ein rationales Nutzenkalkül unterstellt, das in

---

1 Vgl. die quantitativen Studien u.a. von Small/Singer (1976), Rummel (1983), Chan (1984), Weede (1984), Maoz/Abdolali (1989) und Owen (1997) sowie die theoretischen Interpretationen von Doyle (1983), Russett (1995) und Owen (1997), Hermann/Kegley (1995) und Risse-Kappen (1995).

demokratischen Systemen im Gegensatz zu autoritären Regimes in der Frage von Krieg und Frieden den Ausschlag gibt.

Auch die politische Kultur von Demokratien schützt nach Ansicht von Bonacker/Imbusch (2005: S. 139) vor einer gewaltbereiten Außenpolitik. Als gewaltverhindernde Faktoren der politischen Kultur von Demokratien identifizieren die Autoren den Konsens über liberale Grundrechte, die Abneigung gegenüber Gewalt, den Minderheitenschutz und den Werte- und Interessenpluralismus. Demokratien fühlten sich aus diesem Kulturverständnis heraus verpflichtet, Konflikte ohne Gewalt auszutragen (Czempiel 1986).

Empirische Arbeiten zum so definierten demokratischen Frieden zeigen allerdings, dass die Friedensfähigkeit von Demokratien differenzierter zu bewerten ist. Zwar führen Demokratien gegenüber anderen Demokratien signifikant weniger Kriege. Die Kriegsursachenforschung ist sich seit Ende der 1980er-Jahre aber auch darin einig (vgl. Zangl/Zürn 2003), dass sich Demokratien in ihrem außenpolitischen Verhalten gegenüber Nichtdemokratien keineswegs durch Gewaltfreiheit auszeichnen (vgl. Debiel 1995: S. 55). Sie weisen tendenziell sogar eine höhere Gewaltbereitschaft auf als Autokratien (vgl. Bonacker/Imbusch 2005: S. 139).

Im internationalen System wird die Ursache von Gewalt und Krieg ausschließlich nichtdemokratischen Staaten zugeschrieben. Diese Sicht ist fragwürdig. Zum einen ist zu bezweifeln, ob in demokratischen Systemen in der Tat die Staatsbürger/innen über Krieg oder Frieden entscheiden, da eine relativ autonome Regierung darüber bestimmt (vgl. Debiel 1995: S. 60). Die aktuellen kriegesischen Auseinandersetzungen zeigen, dass demokratisch gewählte Regierungen und Machttträger die Zivilbevölkerung für ihre Interessen instrumentalisieren und somit Kriege rechtfertigen.

Das politische System und die politische Kultur allein als Argumentation für das außenpolitische Verhalten demokratischer Staaten heranzuziehen, vernachlässigt zudem die Rolle der einzelnen Nationalstaaten im internationalen System. Nicht thematisiert werden dabei die Position der Nationalstaaten und die hier implizite Machtfrage im Verhältnis der Staaten untereinander. So spielt zum Beispiel das Wirtschaftswachstum eines Staates und damit seine wirtschaftliche Machtposition innerhalb des internationalen Systems eine wichtige Rolle, und dies auch dann, wenn er kein „demokratisches Herrschaftssystem“ hat. Das zeigt sich am Beispiel von China.

Vor diesem Hintergrund ist es in jüngster Zeit in der Forschung zum Verhältnis von Demokratie und Frieden zu erheblichen Differenzierungen und Weiterentwicklungen gekommen (vgl. Levy 1998, Russett/Starr 2000, Russett/Oneal 2001). Von besonderem Interesse in diesem Zusammenhang ist der

Einbezug der Variablen „internationale Organisationen“ und „wirtschaftliche Interdependenzen“ in die Friedensforschung (vgl. Geis 2003: S. 195).

Auch die These einer homogenen Wahrnehmung der Nichtdemokratien durch die Demokratien ist in Frage zu stellen (vgl. Debiel 1995: S. 76). Im Rahmen der machtpolitischen wie ideologisch motivierten Systemkonkurrenz des Ost-West-Konflikts wurden beispielsweise autoritäre Regime von Demokratien zum Teil gar nicht als Bedrohung wahrgenommen, sondern genossen teilweise geradezu die Gunst des Westens. Die US-Außenpolitik machte offiziell lange Zeit bewusst einen Unterschied zwischen unterstützungswürdigen autoritären und als gegnerisch eingestuften totalitären Regimen. Die Polarisierung des Verhältnisses zwischen „friedfertigen Demokratien“ und „kriegerischen Autokratien“ gerät nach Schrader somit zur pseudo-wissenschaftlichen Beglaubigung des idealisierten Selbstbildes der westlichen Demokratien und des negativ verzerrten Fremdbildes der autoritären Staaten (vgl. Schrader 2003: S. 171).

Insgesamt sind in der Forschung wesentliche Defizite zu vermerken: Erstens fehlt noch immer eine fundierte theoretische Erklärung des Phänomens der Friedfertigkeit von Demokratien. Zum Zweiten liegen keine Forschungsergebnisse zum konfliktträchtigen Verhältnis zwischen demokratischen und nichtdemokratischen Staaten vor (vgl. Schrader 2003, Paris 2007). Und drittens konzentrieren sich Forschungen zum liberalen Frieden bisher auf Staaten, die eine Transformation in eine marktwirtschaftlich orientierte Demokratie bereits vollzogen haben. Dies gibt wenig Aufschluss über die Kriegsanfälligkeit von Staaten, die diesen Prozess gerade durchlaufen. Der Zusammenhang zwischen dem konfliktreichen Prozess einer innerstaatlichen Liberalisierung und außenpolitischem Konflikt ist weitgehend unberücksichtigt geblieben. Die bisherigen Ergebnisse deuten jedenfalls darauf hin, dass Übergangsländer für innere und internationale Konflikte anfällig sind (vgl. Paris 2007: S. 87).

Edward Mansfield und Jack Snyder (1995) vertreten die Auffassung, dass Staaten, die den Übergang von einer autoritären zu einer demokratischen Herrschaftsordnung vollziehen, mit größerer Wahrscheinlichkeit in einen internationalen Krieg verwickelt werden als Demokratien. In solchen Staaten bedienen sich politische Opportunisten oftmals eines aggressiven Nationalismus. Angesichts der turbulenten gesellschaftlichen Entwicklungen, die durch eine Auseinandersetzung zwischen abstiegsbedrohten und aufwärtsstrebenden Gruppen entstehen, neigen die politischen Eliten zur Massenmobilisierung und zu politisch riskanten Strategien (vgl. Debiel 1995: S. 70).

Die liberalen Friedenstheorien setzen dagegen die Existenz funktionierender Staaten und souveräner Nationalstaaten im internationalen System als gegeben voraus (vgl. Bonacker/Imbusch, 2005: S. 121). Diese Grundannahme

erweist sich angesichts der jüngsten zerrütteten Nachkriegsgesellschaften, die nicht einmal über rudimentäre staatliche Einrichtungen verfügen (vgl. Paris 2007: S. 91), als fragwürdig.

Die Berücksichtigung internationaler und innergesellschaftlicher Friedensbedingungen zielt zusammengefasst auf eine strukturelle Veränderung gesellschaftlicher Rahmenbedingungen, damit Frieden wahrscheinlich wird (vgl. Bonacker/Imbusch 2005).

Hier setzen konflikttheoretische Diskussionen an und fragen, wie sinnvoll es überhaupt ist, die Analysen auf Kriegerscheinungen zu begrenzen (vgl. Zoll 2005: S. 181). Der Konfliktforschung geht es um eine Transformation von Gewalt hin zu gewaltfreier und ziviler Konfliktaustragung durch zivile Konfliktbearbeitung. Es handelt sich dabei um einen konstruktiven Prozess, an dem staatliche wie (zivil)gesellschaftliche Akteure beteiligt sind. Der Schwerpunkt liegt dabei sowohl auf der Transformation der sozialen Beziehungen der Konfliktparteien durch vertrauensfördernde Interaktionen als auch auf der Gewaltprävention (vgl. Bonacker/Imbusch 2005). Der Erfolg der Friedenskonsolidierung in Konfliktgesellschaften hängt dabei von mehreren Faktoren ab: von der Demilitarisierung, der Rekonstruktion eines politischen Systems, der Ablösung der Kriegswirtschaft durch zivile ökonomische Strukturen und von der Bewältigung der Kriegsfolgen (vgl. Matthies 1997). Dieser Ansatz hat, wie im Folgenden zu zeigen ist, angesichts der „neuen Kriege“ sowohl in der internationalen Friedenspolitik als auch in der Friedens- und Konfliktforschung seit den 1990er-Jahren an Bedeutung gewonnen.

## **2.6 Die neuen Kriege und der Diskurs um Friedensförderung**

In den vergangenen vierzig Jahren ist die Zahl innerstaatlicher Gewaltkonflikte stark gewachsen. Zwischenstaatliche Konflikte scheinen dabei in den Hintergrund zu treten. Innerstaatliche Kriege sind allerdings selten nur innerstaatliche Angelegenheiten. Sie werden durch die Einbindung in internationale politische und wirtschaftliche Kontexte sowie durch Interventionen von Drittparteien gleichsam „internationalisiert“ (Ferdowsi/Matthies 2003).

Aktuelle Diskurse definieren den besonderen Charakter innerstaatlicher Gewaltkonflikte. Der Begriff der „neuen Kriege“ (Münkler 2003) bezeichnet das neuartige Phänomen der Entstaatlichung bzw. Privatisierung von Kriegen und die zunehmende Beteiligung substaatlicher Gewaltakteure an Gewaltkonflikten. Zudem sind innerstaatliche Kriege in Verlauf und Dauer oft schwer bestimmbar. Ihnen zugrunde liegende Konfliktpotenziale schwelen meist über Jahre hinweg und führen oft zu weiteren gewalttätigen Auseinandersetzungen.



Kaldor führt die Entstehung von Kriegen heute, im Unterschied zu geopolitischen oder ideologischen Legitimationen früherer bewaffneter Konflikte, auf eine „Politik der Identität“ zurück (vgl. Kaldor 2000).<sup>2</sup> Vor dem Hintergrund historisch verfestigter und in der Gegenwart neu belebter Nationalismen, die sich zum Beispiel in den südosteuropäischen Ländern durch eine erschwerte Nationenbildung im 19. Jahrhundert erklären, eskalieren die Auseinandersetzungen zwischen rivalisierenden Bevölkerungsgruppen. Die Abgrenzung der Gruppen voneinander erfolgt über ethnische, kulturelle oder religiöse Unterschiede, die aber letztlich nicht die eigentlichen Ursachen eines Krieges bilden: „In etlichen Konflikten“, so betont Ropers, „können sowohl eine Vielzahl von Ursachen als auch von Gegenständen nachgewiesen werden, die wenig mit den ethnischen Merkmalen der Streitenden zu tun haben.“ (Ropers/Debiel 1995: S. 197) Rassismus und Nationalismus werden zur Quelle und Strategie einer Massenmobilisierung.

Die Politisierung kultureller Differenzen und nationaler Identitäten gewinnt heute in vielen Regionen der Welt an Aktualität (Tetzlaff 2004). Ein „Kult der Ethnizität“ (vgl. Matthies 2003) ebenso wie die Instrumentalisierung religiöser Glaubensrichtungen und ihrer fundamentalistischen Ausformungen dienen zur Erringung und Festigung politischer und ökonomischer Machtpositionen. Innerstaatliche Konflikte und Kriege werden zudem begünstigt durch Legitimitäts- und Effizienzdefizite staatlich-politischer Herrschaft und durch labile politische Systeme (Kurtenbach/Mehler 2002). Ein oft jahrhundertealtes Ungleichgewicht der politischen, ökonomischen und kulturellen Partizipation einzelner sozialer Bevölkerungsgruppen führt zu gewalttätigen Auseinandersetzungen. Verteilungskonflikte, politische Machtkämpfe und letztlich Kriege sind die Folge. Nicht selten entstehen derartige Auseinandersetzungen auch im Zuge einer gewaltsamen Form von Staaten- und Nationenbildung oder aber eines Staatsverfalls („failed states“). Dies trifft auf Länder wie Somalia, das ehemalige Jugoslawien, Afghanistan und Irak zu, in denen Staatszerfall und Fragmentierung der Gesellschaft Gewaltkonflikte auslösten bzw. diese komplizierten.

Seit den 1990er-Jahren wird daher in der politischen und wissenschaftlichen Diskussion der Begriff des „Nation-Building“ im Kontext „regionaler Stabilisierung, imperialer Kontrolle, der Konfliktbearbeitung und -prävention und der Entwicklungspolitik benutzt, ohne dass seine konkrete Bedeutung immer geklärt wäre.“ (Hippler 2004: S. 11) Er erweist sich jedoch auch als problematisch, denn dahinter kann sich die Internationalisierung eines inner-

---

2 Kaldor bezeichnet mit „Politik der Identität“ einen Machtanspruch, den eine Nation, ein Clan, eine religiöse oder eine sprachliche Gemeinschaft auf der Grundlage ihrer besonderen partikularen Identität erhebt. In dieser Deutung wird jeglicher Krieg als ein Zusammenstoß von (Gruppen-)Identitäten gesehen.

staatlichen Konflikts verbergen. Beispielsweise können in einem externen „Nation-Building“ Großmächte durch Parteinahme für einzelne Kriegsparteien eigene Interessen verfolgen und die Machtverhältnisse im internationalen System beeinflussen (Debiel 2002). So hat das unilaterale Vorgehen der USA im Irak tiefgreifende Kontroversen um die Grundlagen der Weltpolitik und des Friedens im 21. Jahrhundert ausgelöst (vgl. auch Hauchler/Messner/Nuscheler 2003).

In Anbetracht dieser komplexen Rahmenbedingungen der „neuen Kriege“ ist die Auffassung (neoklassischer) ökonomischer Diskurse (Berdal/Malone 2000), Kriege seien vor allem auf zweckrationale ökonomische Interessenlagen zurückzuführen, nicht haltbar. Dieser Ansatz unterschätzt neben den internationalen Rahmenbedingungen vor allem die soziale Dimension innerstaatlicher Kriege (Matthies 1997). So haben das Ungleichgewicht zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen bezüglich ihrer ökonomischen, politischen und kulturellen Ausgangssituation und die daraus erwachsenen ungleichen individuellen Gestaltungs- und Entfaltungsmöglichkeiten einen erheblichen Einfluss auf die Friedensfähigkeit einer Gesellschaft. Der Mangel an institutionellen Verfahren für einen Ausgleich von Gruppeninteressen führt zu Verteilungskonflikten, politischen Machtkämpfen und letztlich Gewaltkonflikten.

Innerstaatliche Kriege hinterlassen eine materiell und ideell zerrüttete und vor allem eine in sich gesplante Gesellschaft, da sie sich zwischen den Bewohnern oft gleicher Landstriche und Regionen abspielen. Nach Angaben des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP Report 2000) sind die Kriegsoffer zu 90 Prozent Zivilisten. Wie am Beispiel des Kosovos deutlich wurde, ist die Zivilbevölkerung nicht nur Opfer des unmittelbaren Kriegsgeschehens, sondern leidet auch am stärksten unter den Folgen innerstaatlicher Kriege (vgl. Matthies 1997). Ihr brechen nicht nur die Versorgungssysteme und existenziellen Lebensgrundlagen wie Nahrung, Unterkunft und Gesundheitsversorgung weg, sondern auch das soziale und kulturelle Netzwerk im engsten Lebensraum ist zerstört. Hass und Misstrauen zwischen einst friedlich in Dörfern und Regionen nebeneinander lebenden Menschen sind die Folge (Akkaya 2006). Die Aufgabe der Friedenspolitik nach einem bewaffneten Konflikt besteht darin, die destruktiven Folgen zu bewältigen und mit dem Aufbau von Friedensstrukturen vor Ort einen neuen Ausbruch des Konflikts zu verhindern. Denn das Ende des bewaffneten Konflikts bedeutet nicht, dass der Frieden hergestellt ist, vielmehr beginnt die Aufbau- und Friedensarbeit mit der Unterzeichnung eines Waffenstillstandsabkommens erst. Die Einrichtung eines nachhaltigen Friedenssystems in Nachkriegsgesellschaften ist ein hochkomplexer Prozess (vgl. Matthies 1997). Neben einer schnellen materiellen Hilfe, der Bereitstellung von Nahrungsmitteln, Unterkunft und Gesundheitsversorgung

Nichtregierungsorganisationen als Akteure der  
Zivilgesellschaft  
Eine Fallstudie über die Nachkriegsgesellschaft im  
Kosovo  
Akkaya, G.  
2012, XIV, 251 S., Softcover  
ISBN: 978-3-658-00343-2